

#noduigida: Die Chronik eines Hashtags



Dokumentation und Protest auf der Straße sowie bei Twitter, ein zeitgenössisches Zusammenspiel. (Foto: rod)

Seit zwei Jahren hält Pegida NRW die deutschen Fahnen in den Wind, ob in schwarz-rot-gold oder in schwarz-weiß-rot. Demgegenüber steht vor allem ein Hashtag, das wenige Tage vor der ersten Demonstration von Pegida-Gegner*innen ins Leben gerufen wurde. Noch heute wird es bei den sogenannten Pegida-Spaziergängen genutzt, hunderte Menschen beteiligten sich daran, wenige verblieben. Wir werfen einen Blick zurück.

4.000 Menschen kamen zur ersten Gegendemonstration des Deutschen Gewerkschaftsbunds in Duisburg. Stolz zeigte sich nicht nur Alpha-Schaf auf Twitter, auch die NRW-SPD war begeistert. Duisburg stehe quer, Platz für Fremdenhass gebe es keinen, hieß es. Auch Sören Link (SPD), Oberbürgermeister von Duisburg, sprach auf der ersten Kundgebung; Stadtwerke-Turm und das Theater der Stadt schalteten aus Protest die Lichter aus. Konträr dazu befand Johanna Haldemann von der Initiative gegen Duisburger Zustände (IgDZ) eine Woche später, dass es erschreckend und symptomatisch zugleich sei, dass in Duisburg, der Hochburg von Pegida NRW, die Gegenproteste nicht mal über zwei Wochen in ähnlicher Intensität anhalten würden.

Dokumentation und Popcorn

Die Teilnehmer*innen-Zahlen bei Pegida NRW blieben in der Folge hingegen konstant, trotz diverser Streitigkeiten. Die aufmerksamen Twitter-User*innen dokumentierten diese beinahe akribisch. Wer nach der zweiten Demo noch kein Popcorn zur Hand hatte, holte dies spätestens nach einer versuchten Distanzierung zu Neonazis und der Aussage, dass „die Veranstalter im Dialog mit den Nationalsozialisten bleiben wollen“ aus der Mikrowelle. Im April, also rund zwei Monate später, verabschiedete sich ein Mitglied aus dem

Organisationskreis mit der Begründung, Pegida sei rechts. Auf Twitter fügte Pegida NRW noch hinzu: „Scheiß Halbitaliener“.

Anschließend gab es kaum noch überregionale Bedeutung. Im Sommer 2015 kehrte Pegida zurück, meist mit wenigen Teilnehmer*innen. Unter #noduigida twitterten wenige Verbliebene. Antifaschistische Gruppen kamen zu der Einschätzung, dass Pegida NRW „eher wie eine unlustige Karnevals-Truppe wirkte“. Nach unzähligen Streitereien, schlecht besuchten Kundgebungen, schien sich der offizielle NRW-Ableger aufzulösen.

Im Herbst 2015 jedoch erfuhr Pegida einen Höhenflug. Die extreme Rechte in NRW entdeckte die Demonstrationen wieder für sich. Bis zu 500 Menschen beteiligten sich daran, damit sogar mehr als zu Beginn. Seit dem Wiedererstarken hat der Protest nicht merklich zugenommen, die User*innen des Hashtags jedoch katapultierten ihn regelmäßig in die Twitter-Trends.

Rechte Hegemonie in Duisburg

Die Gründe dafür waren vielfältig, meist ging es um rechte Gewalt. So auch am 9. November 2015. Ein historisches Datum. 77 Jahre nach den Novemberpogromen marschierten rund 400 Menschen der extrem rechten Szene in Duisburg auf. Ein Video der gesellschaftskritischen Gruppen Duisburg dokumentierte einen Übergriff. In einem Café im Hauptbahnhof griffen mehrere Rechte eine Gruppe Gegendemonstrant*innen an. Eine Woche zuvor lief dieselbe Gruppe aus rechten Hooligans erstmals mit einem eigenen Banner ohne Polizeibegleitung durch den Hauptbahnhof. „Duisburg macht sich grade für Deutschland“ (Rechtschreibfehler im Original) in schwarz-weiß-rot, zwei Fäuste prangerten auf dem Transparent, getragen von militanten Neonazis. Die Polizei hingegen hielt es nicht für notwendig, diesen dokumentierten Übergriff in der Pressemitteilung zu erwähnen.

Moscheenverband in Kritik



„Ditib – Marionetten Erdoğans?“ fragten kurdische Studierende in einem Vortrag auf dem Campus Duisburg. **Seiten 4 und 5**

Antisemitische Verschwörungstheorie



Medienkompetenz? Fehlanzeige! Der Schulbuchverlag *Klett* bietet einer antisemitischen Verschwörungstheorie Raum. **Seite 6**

akduell im Netz

Alle Artikel, die Möglichkeit zu kommentieren und noch viel mehr gibt es unter: www.akduell.de

Die folgenden Monate waren dominiert von solchen Szenen. Robert Rutkowski, der regelmäßig von rechten Versammlungen bei Twitter berichtet, schockierten besonders Aussagen von Polizist*innen, die ihm gegenüber artikuliert hätten, dass sie nicht für seine Sicherheit garantieren könnten. Auch eine kleine Anfrage vom Landtagsabgeordneten Daniel Schwerd (Linkspartei) wegen eines Keltenkreuz-Transparentes ist ihm sehr präsent. „Good night left side“ stand dort geschrieben, Konsequenzen gab es keine.

Obwohl Pegida NRW sich in der Zwischenzeit wieder zahlreiche Streitigkeiten geliefert hat, stehen, bei mittlerweile wieder geringerer Bedeutung, erschreckende Aussagen im Raum. „Geldjuden“, „Migrantenwaffen“, die „Protokolle der Weisen von Zion“ und Aufrufe zum Putsch sind einige davon. Die linke Gruppe Crème Critique findet, dass bei einer Betrachtung der Rahmenbedingungen schnell klar werde, dass Pegida in Duisburg eine gute Grundlage für rechte Agitation vorfinde und lädt daher anlässlich des zweijährigen Bestehens von Pegida NRW am Donnerstag, 19. Januar, zur Podiumsdiskussion auf den Duisburger Campus ein. Der Titel stellt Frage und Aussage gleichermaßen zur Diskussion: „Zenit überschritten, aber einiges angerichtet?!“ [rod]

Frauenrechte sind Menschenrechte

Kommentar

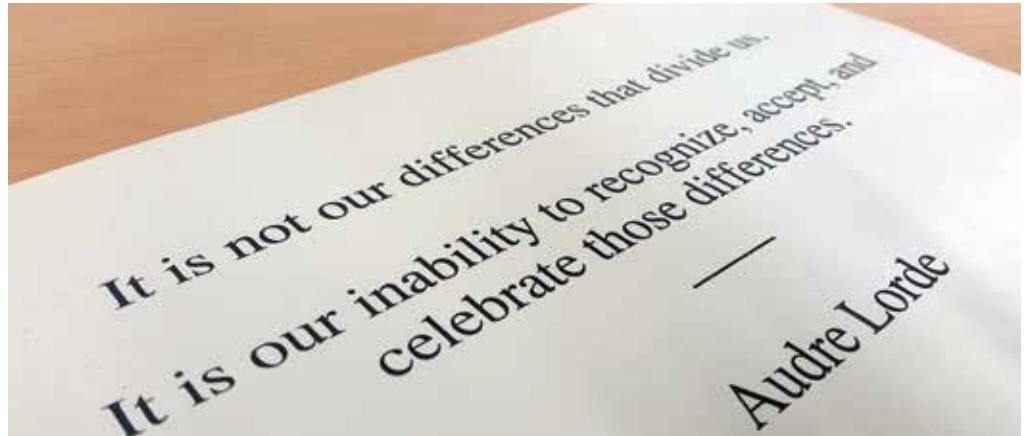
Menschenverachtende Kultur

Ein Kommentar von Lea Sleiman

Es scheint größtenteils Konsens in Deutschland, der Studierendenschaft und den Medien zu sein, dass Trump und seine Äußerungen ebenso unzumutbar wie widerlich sind. Wie „grab them by the pussy“ oder einen Reporter auszulachen, der nicht kulturell eingesetzten Normalitätsstandards entspricht. Es besteht aber Vieles der Sprachkultur aus Konstrukten wie „behindert“, „schwul“ oder „fotze“. Begriffe, und damit Menschen, die darin klassifiziert sind, werden täglich mit negativen, entwürdigenden Bildern und Situationen verbunden. Was bedeutet es anderes, wenn eine Person sagt „das ist schwul, du Spasti!“ als: „Das ist negativ, du bist negativ!“ Das stellt Menschen, die nicht hetero, männlich, und optimal effizient sind wie „Beeinträchtigte“ (in was beeinträchtigt?) in abwertenden Zusammenhängen dar.

Oft wird argumentiert, dies hätte mit Realität und Diskriminierung nichts zu tun und sei bloß Spaß. Jedoch ist Sprachkultur Ausdruck davon, was täglich in Deutschland passiert – Ausgrenzung. Von der Standardnormalverteilung Abweichende verbleiben uneingebunden als Schall, als Anlass zum Witz statt selbst Initiierende von Gelächter unter Gleichen zu sein. Selten wird von Seiten der Lachenden der sprachliche Zusammenhang, die impliziten Bilder, die sich in Köpfen verfestigen und die eigene Position reflektiert. Wann kann ich wieso über ein Thema lachen? Ignoranz führt zu stetiger Kategorisierung von Menschen statt sie als individuelle Personen zu sehen. Bloß Witz? Sagt auch Trump. Und wenn keine „behinderte“ Person dir erlaubt hat, das in eurer Zweierbeziehung zu sagen, lass es! Nur weil es für eine Person ok ist, heißt es nicht, dass alle des kategorischen Haufens „Behinderter“, „Fotzen“, „Schwuchteln“ dasselbe wollen und fühlen.

Diese Beleidigungen sind als Spaß gesellschaftlich erlaubt. Weil es ja auch lustig ist, ein Arm mit Spastik, die Fotzen, die alle nur gefickt werden wollen. In solchen „Jokes“ werden die niedersten Triebe der Menschlichkeit angesprochen – und es ist kein Gedanke nötig, um ihn zu bringen. Trump dient dann als Projektion, um Diskriminierung von sich zu schieben. Wer sich aber ernsthaft gegen Faschismus und Trump stellt, muss sich auch gegen faschistische Prinzipien stellen – also gegen Kategorisierungen, die dafür sorgen, dass wir eine Person nicht in ihrer Gänze erfassen können: Damit auch gegen die Normalisierung von Menschenverachtung. Und ein bisschen Kreativität in der Beleidigungs- und Witzkultur schadet niemandem.



Der „Women’s March on Washington“ will ein Zeichen setzen und Veränderungen anstoßen. (Foto: caro)

Am 21. Januar werden vor allem US-Amerikaner*innen, aber auch weltweit Menschen auf die Straße gehen. Sie wollen sich für Menschenrechte – und Frauenrechte im Besonderen – stark machen. Wir fassen für euch zusammen, wer und was dahinter steckt.

Einen Tag nach Donald Trumps Inauguration, der Amtseinführung als 45. Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika am 20. Januar, soll der „Women’s March on Washington“ sowie zahlreiche Schwestern-Märsche stattfinden. Aktuell sind 370 solcher Events geplant; entsprechend bisheriger Anmeldungen wird mit 700.000 Unterstützer*innen weltweit gerechnet (Stand: 15. Januar 2017).

Der Veranstaltungsname lehnt sich an den „March on Washington for Jobs and Freedom“ an, im Rahmen dessen Martin Luther King seine berühmte „I have a dream“-Rede hielt. Owen Jappen, Vorsitzender des Bereichs Fundraising und Events von *Democrats Abroad Germany*, erklärt das Motiv dahinter: „Das Ziel hier ist in der Tat, an die Grundprinzipien der Gewaltfreiheit, geprägt durch Dr. [Martin Luther] King, zu erinnern (...)“* Gewaltfreiheit sei eine „positive Kraft“, mit der man Ungerechtigkeit entgegenwirken könne, da sie „deutlich den Kontrast im Vergleich zur hasserfüllten und repressiven Rhetorik, die unsere Opposition nutzt, aufzeigt“.

Offiziell ist der Marsch keine Demonstration gegen Trump. Der Zeitpunkt und die Ziele des Marsches zeigen jedoch eine klare Positionierung gegen seine Auffassungen und für Demokratie auf. Der designierte Präsident fiel im Wahlkampf immer wieder durch kontroverse, sexistische und rassistische Äußerungen auf. Er hetzte gegen Muslim*as, will bis auf weiteres deren Einreise verbieten. Mexikaner*innen brächten Drogen und Kriminalität ins Land und noch dazu seien sie Vergewaltiger*innen. Er gab an, Foltermethoden wie Waterboarding wieder einführen zu wollen. Frauen sieht er als Objekte, denen er überlegen sei. Selbst vor seiner eigenen Tochter, so deutet er an, würde er keinen Halt machen, wäre sie nicht eben diese. Angeblich ein Witz. Nicht zu vergessen, die als „locker room talk“ verharmloste Botschaft, Frauen könne man(n) einfach begrapschen – wenn

man denn berührt sei.

Die Organisator*innen und Unterstützer*innen des „Women’s March on Washington“ hingenen sprechen sich in ihren acht Unity Principles auf ihrer Homepage unter anderem gegen Racial Profiling und Polizeigewalt aus. Sie kämpfen für Frauen- und LGBT*QIA-Rechte sowie Bürger*innen- und Arbeiter*innenrechte. In ihrem Verständnis ist auch Migration ein Menschenrecht, denn „kein Mensch [ist] illegal“. In einer Pressemitteilung vom 9. Januar schreibt Mitorganisatorin Tina Cassidy: „(...) Die Mission ist, Menschen zusammen zu bringen und zu Themen Stellung zu nehmen, die alle von uns zutiefst beeinflussen. In einer Zeit, in der viele befürchten, ihre Stimmen würden ungehört bleiben, werden die Märsche danach streben, die amerikanischen Grundwerte von Freiheit und Demokratie für alle wieder zu bekräftigen“. Zu den Märschen eingeladen sind nicht allein Frauen*, sondern alle diejenigen, „die daran glauben, dass Frauenrechte Menschenrechte sind“.

Initiiert wurde der Marsch durch eine Facebook-Veranstaltung von der Rentnerin Rebecca Shook als Reaktion auf Donald Trumps Wahlsieg. Innerhalb kürzester Zeit stiegen die Teilnehmer*innenzahlen so weit in die Höhe, dass sich Shook um Hilfe bei der Umsetzung des Events bemühte. Seither agieren die Aktivistinnen Tamika D. Mallory, Carmen Perez, Linda Sarsour und Bob Bland als Vorsitzende des Marsches. „Die Rhetorik des vergangenen Wahlzyklus hat viele beleidigt, dämonisiert und bedroht“, lautet es auf der Homepage des Events. Ihre Mission sei deshalb, durch den Marsch „eine klare Botschaft an unsere neue Regierung an ihrem ersten Tag im Amt [zu] senden. Wir beabsichtigen, unsere Gemeinschaften zu vereinen, ein Netzwerk zu ver- und bestärken, das, solange unsere Werte in Gefahr sind, ohne Pause zusammenarbeiten wird“, erläutert Jappen. Wenn auch vieles „rund um den zukünftigen Präsidenten alarmierend sei“, glaubt Jappen weiterhin an den Fortschritt und zitiert aus Barack Obamas letzter Bitte an die amerikanische Bevölkerung, an die eigene Fähigkeit zu glauben, etwas verändern zu können. [caro]

*Zitate aus dem Englischen übersetzt.

Neues Blog zur Beobachtung von European Homecare

Anfang des Jahres ist eine Webseite mit dem Namen „European Homecare Watch-Blog“ online gegangen. Unter ehcwatch.blogsport.eu sollen Artikel, die Fehlverhalten und Missstände des Essener Konzerns, der Unterkünfte für Geflüchtete betreibt, gesammelt werden. Erklärtes Ziel der Website-Betreibenden: Druck auf die Kommunen und Gemeinden ausüben, damit nicht weiter öffentlich Verträge mit European Homecare (EHC) geschlossen werden und die Unterbringung von Geflüchteten von weniger skandalbelasteten Trägern übernommen wird.

2014, vor fast zweieinhalb Jahren, bekamen Meldungen über die Misshandlung von Geflüchteten erstmals öffentliche Aufmerksamkeit. Das



Beobachten, Dokumentieren, Melden: Ein neues Watchblog ist an den Start gegangen. (Foto: lys)

nordrhein-westfälische Burbach trat als Tatort in den Fokus der medialen Wahrnehmung; Nach Deutschland geflüchtete Menschen wurden offen in der siegerländischen Geflüchtetenunterkunft vom Security-Personal geschlagen, ausgesperrt, gefoltert (aktuell berichtete). Ähnliche Zustände wurden auch in Essener Unterkünften angeprangert, die angeklagten Sicherheitsmitarbeiter wurden allerdings freigesprochen (aktuell berichtete).

Das Watch-Blog stellt die Ereignisse in einer chronologischen Blogrolle dar. Der erste Eintrag ist ein Artikel aus September 2014, der letzte von Anfang Dezember 2016. Dabei sind noch lange nicht alle Artikel, die sich mit dem Thema European Homecare befassen, auf das neue Blog eingepflegt. Die Betreibenden, die sich als eine Gruppe engagierter Einzelpersonen aus ganz Deutschland

bezeichnen, kennen die Missstände in den Unterkünften von European Homecare: „Mit diesem Infoportal möchten wir über die Machenschaften von EHC aufklären. Außerdem wollen wir betroffenen Flüchtlingen, EHC-Mitarbeitern und interessierten Bürgern eine Plattform bieten, um ihre Erfahrungen mit EHC anonym und sicher zu veröffentlichen“, so das Team im „About“ des Blogs. Für letzteres gibt es ein Kontaktformular auf der Webseite.

Skandale. Daran mangelt es beim Essener Unternehmen nicht, schaut man sich die aufgelisteten Artikel an. Das Sicherheitspersonal werde von externen Firmen organisiert. Um im Sicherheitsdienst angestellt zu werden, sei nur eine dreimonatige Ausbildung von Nöten. Die Angestellten hätten keinerlei pädagogische Ausbildung und seien somit ungeeignet, mit traumatisierten Menschen umzugehen. Zudem würden sie scheinbar keiner genügenden Prüfung unterzogen, inwieweit sie fähig sind, Gewalt nur im äußersten Notfall anzuwenden oder bei Streitigkeiten deeskalierend aufzutreten. Da Journalist*innen keine Einsicht in die Unterkünfte gewährt wird, entzogen sich die einzelnen Unterkünfte jeglicher Kontrolle. So bekommen einzelne, unausgebildete Angestellte eine quasi schrankenlose Macht. Die Externalisierung des Sicherheitsdienstes diene aber dem EHC-Konzern, auch Schuld nach außen zu verlagern, Missstände werden als „Notsituation“ gerechtfertigt.

Geiz ist geil

Andere Mängel in den Unterkünften seien die Hygienesituation, fehlende Möglichkeiten geschlechtergetrennter Waschräume und dubiose Hausordnungen, die EHC-Personal weitere Kontroll- und Schikanepotenziale eröffnen. Dazu wählt der Konzern Sachleistungen statt Selbstbestimmung: EHC setzt auf Kontrolle der höchstpersönlichen Lebensbereiche wie der Wahl des eigenen Essens. Damit lässt sich, je nach Kalkulation, noch zusätzliches Geld verdienen.

Andere Träger zur Versorgung und Unterbringung von Geflüchteten wie die Diakonie oder die Caritas werden derweil von EHC „ausgestochen“ - weil sie teurer sind. Denn EHC hat die Unterbringung von Geflüchteten zu einem Millionengeschäft für das Unternehmen kalkuliert. Aber wie? Indem das Unternehmen einspart: Bei der Unterbringung, der Sauberkeit und der Sicherheit. Außerdem entdeckte EHC weitere gewinnbringende Kooperationen für sich. Seit 2003 ist die Essener Firma vom Land NRW für die Justizvollzugsanstalt Büren beauftragt. (aktuell berichtete) Europas ehemaliges „größtes Abschiebegefängnis“ gibt es heute immer noch – nur unter dem weniger bedrohlichem und bürokratischem Namen „Unterbringungseinrichtung für Ausreisepflichtige“. Die sechs Meter hohen Mauern stehen noch, aber der

Komplex ist heute abgetrennt von der Haftanstalt. Dies ist nur ein Mindestmaß an Veränderung, das in einem Urteil des Bundesgerichtshofs gefordert wurde. Das Gericht bezeichnete das Einsperren von Geflüchteten in Gefängnisse als eine Verletzung der Menschenrechte.

Die Kommunen und Gemeinden, die in NRW die Verteilung und Ausschreibung der Geflüchtetenunterkünfte organisieren („Vergaberecht“), entscheiden sich, wie zum Beispiel in Essen aus verschiedensten Gründen für EHC. Der Konzern ist die billigste Möglichkeit. Wie größtenteils bekannt, haben die Kommunen und Gemeinden, die die Träger von Geflüchtetenunterkünften beauftragen, wenig Geld zur Verfügung. Dabei seien sie an „die Grundsätze der Gleichbehandlung, des Wettbewerbs und der Transparenz“ gebunden, schreibt euroforum.de zum Vergaberecht. „Eine Freistellung derartiger Leistungen aus humanitären Gründen – mag sie auch in einigen Kommunen gelebt werden – kennt das Vergaberecht jedenfalls aktuell nicht“. Desweiteren bot EHC zu einem günstigen Zeitpunkt ein „Allround“-Paket, das den Kommunen und Gemeinden weitere organisatorische Arbeit abnahm. EHC organisiert auch alle weiteren Dienste, wie den Sicherheitsdienst, größtenteils selbst. Nur wenige konkurrierende Träger konnten im Sommer 2015, als die Zahl der Schutzsuchenden stieg, binnen kurzer Zeit ein solch professionalisiertes Konzept und vor allem Kapazitäten bei den Mitarbeitenden bieten.

Damit entzieht sich EHC aber einer weiteren Kontrollebene, denn die einzelnen Aufgabenbereiche sind bei EHC über das Unternehmen organisiert. Auftraggebende können sich eventuell nicht über Missstände bei der Leistungserbringung eines von EHC verpflichteten Dienstleistenden informieren, wenn alles ein zusammenhängender Komplex ist.

Was tun?

Das Watch-Blog kann in der Zukunft als Exempel dafür stehen, was bei der Unterbringung von Geflüchteten in privaten Händen schief gehen kann. Um Skandale wie die um das Unternehmen European Homecare künftig zu vermeiden, haben Kommunen Handlungsmöglichkeiten. Zuerst muss sich mit der Unterbringung von Geflüchteten im Voraus beschäftigt werden und Unterkünfte müssen für den äußersten Notfall, der aus dem Mangel an sozialem Wohnungsbau resultiert, bereitstehen. Kommunen können die Leitung der Unterkünfte auch selbst übernehmen und nicht die Verantwortung an caritative Träger, private Unternehmen und Subunternehmen outsourcen. Dafür muss es massive finanzielle Unterstützung von Bund und Ländern geben, damit Mindestlöhne gezahlt und menschenwürdige Standards eingehalten werden können. Außerdem sind Städte und Kommunen verpflichtet, ihre im Landesgesetz eingeschriebene Aufsichtsfunktion angemessen zu übernehmen, damit nicht Engagierte gezwungen sind, mit Webseiten wie European Homecare Watch-Blog auf Missstände aufmerksam zu machen. [lys]

Zwischen Bombendrohung, Spitzel-Affäre und Terrorvorwürfen



Trotz Bombendrohung referierten kurdische Studierende vor 120 Zuhörern auf dem Campus Duisburg. (Foto: mac)

Schon der Titel des Vortrages „Ditib – Marionetten Erdoğan?“, der am 12. Januar 2017 von der kurdischen Studierenden-gruppe YXK auf dem Campus Duisburg organisiert wurde, trifft ins Mark einer aktuellen Debatte. Mit einer Kampagne und Vortragsreihe wollen kurdische Studierende momentan bundesweit aufklären – und zwar über die Verbindung von Deutschlands größtem Moscheenverband zur türkischen Regierung. Im Lichte der aktuellen Spitzel-Affäre, die der religiösen Institution vorgeworfen wird, ein heißes Eisen. Trotz Interventionen hoher AKP-Politiker, einer Bombendrohung und hunderter Beschwerdemails an den UDE-Rektor fand die Veranstaltung statt.

„Der türkische Staat versucht, eine parallele Gesellschaft aufzubauen und Einfluss auf die Politik in Deutschland zu nehmen“, sagt Ezda* zu Beginn. Die Studentin ist Mitglied bei YXK (Verband der Studierenden aus Kurdistan e.V.) und referierte vergangene Woche im Duisburger Hörsaal. Im Vortrag zeichneten sie und Hafız Ahmet Turhalli von Civaka İslamî ya Kurdistanê (Dachverband islamisch-kurdischer Gemeinden) einen geschlossenen Kreislauf zwischen Ditib (Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion) und der AKP-Regierung unter dem türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan.

Geschlossenes Netzwerk?

Der Vortrag begann bei den 665 Imamen, die in den 1.000 Gemeinden der Ditib vorbeten. Sie seien laut YXK Duisburg-Essen der verlängerte Arm der AKP-Regierung. Die Geistlichen werden in der Türkei ausgebildet, in Deutschland für zwei bis fünf Jahre verpflichtet und von der Diyanet İşleri Başkanlığı (kurz Diyanet), also dem Amt für religiöse Angelegenheiten mit Sitz in Ankara, bezahlt. Damit seien die türkischen Beamten in einer Schlüsselposition.

Sie wollten laut YXK mit der Ausrichtung von Hochzeiten, Beerdigungen, Integrations- und Frauenprogrammen zusätzliche Gelder von Staat und Mitgliedern einholen. Aber eben auch die Gläubigen organisieren und an die türkische Religionsbehörde anbinden, unter deren Leitung und Kontrolle die 1984 gegründete Ditib stehe. Eben jene Behörde habe enge Verbindungen zu Erdoğan: Seit seiner Machtergreifung würden selbst in türkischen Schulen Anweisung der Diyanet befolgt, so Ezda.

Keine Verträge, weniger Einfluss

„Es ist auch kein Geheimnis, dass die Ditib zusammen mit der UETD zur Zeit der Wahlen mobilisiert haben. So viel zum Thema ‚neutral‘“, sagt die YXK-Referentin Ezda weiter. Die UETD (Union Europäisch-Türkischer Demokraten) gilt als europäische Lobbyorganisation der derzeit in der Türkei regierenden AKP. Außerdem seien laut YXK auch Rechtsradikale und Nationalist*innen in dem Moscheenverband Ditib aktiv.

Neben den Verbindungen zur türkischen Regierung kritisiert Referent Hafız Ahmet Turhalli auch die Auslegung des Islams nach Ditib. Turhalli zitiert abwechselnd Fatwas, also religiöse Rechtsauskünfte, des Verbandes und der Religionsbehörde Diyanet gegenüber Suren aus dem Koran. Die beiden religiösen Institutionen rieten laut Turhalli dazu, Frauen zu schlagen, Ungläubige zu töten und für den Islam mit Zwang zu missionieren. Gleichzeitig verbieten sie Speisen von anderen religiösen Gruppen anzunehmen und grenzen alle andere Nationalitäten außer der Türkischen aus. All dies sei in den Suren des Korans verboten. Auch die seit Jahrzehnten von der Türkei durchgeführte Assimilationspolitik steht im Zentrum seiner Kritik. 25 Millionen Menschen, darunter Armenier*innen, Alevit*innen, Kurd*innen sowie Yesid*innen, würden zur Anpassung und Aufgabe ihrer Identität gezwungen. „Sogar die Nutzung ihrer eigenen Sprache wird als Terrorismus und Gottesfeindlichkeit abgelehnt“, sagt Turhalli.

YXK fordert als Schlussfolgerung aus dem Vortrag die Kündigung aller vereinbarten Staatsverträge, Projektförderungen und Mitgliedschaften vom deutschen Staat und Kommunen mit der Ditib. Außerdem sollten keine Ditib-Mitglieder mehr den islamischen Religionsunterricht an deutschen Schulen halten. Es müsse ein Ausgleich geschaffen und islamische Kräfte anderer Nationalitäten mehr vom deutschen Staat beteiligt werden.

Nach dem Vortrag folgte tosender Applaus – aber auch einzelne Kritik. Ein Anwesender merkte an, dass die Referent*innen einzelne Belege weitgehend schuldig blieben und der Vortrag damit eher „Wischwaschi“ gewesen sei. „Es gibt für alles, was wir aufführen, Belege. Dafür wird gerade ein Dossier erstellt, um auch mit Schulen zusammenarbeiten zu können“, entgegnete Referentin Ezda. Auch die religiöse Kritik an Ditib wurde von Teilnehmer*innen kritisiert. „Wir wollen damit zeigen, dass diese Institution nichts mit dem Islam zu tun hat“, sagt Ezda weiter. Es ginge ihnen darum, zu zeigen, dass der Islam instrumentalisiert werde, um die Taten des türkischen Staates und der Geheimdienste zu legitimieren.

Unter eben jene Taten zählen sie auch die Verfolgung von Anhänger*innen des ehemaligen Erdoğan-Verbündeten und Predigers Fetullah Gülen, der heute von der türkischen Regierung für den Putschversuch im Juli 2016 verantwortlich gemacht wird. Erst im Dezember vergangenen Jahres wurde bekannt, dass einzelne Ditib-Imame auf Anweisung der Religionsbehörde Diyanet Informationen zu Gülen-Anhänger*innen an den türkischen Geheimdienst weitergegeben hatten. Ditib-Generalsekretär Bekir Alboğa bestätigt die schwerwiegenden Vorwürfe jedoch nicht. Er sagte außerdem gegenüber dem *Kölner Stadtanzeiger*, dass die Aufforderung der Diyanet gar nicht an Ditib gegangen sei. Überhaupt habe die Aufforderung „nicht den türkischen Generalkonsulaten in Deutschland gegolten, sie sei versehentlich an alle türkischen Auslandsvertretungen gemailt worden.“

Kritik um Märtyrer und Weihnachtsmänner

Trotzdem gibt es bereits erste politische und strafrechtliche Konsequenzen. Die FDP forderte laut *FAZ* die Ausweisung der „Ditib-Spione“ und der religionspolitische Sprecher der Grünen, Volker Beck, stellte bereits im Dezember Strafanzeige beim Generalbundesanwalt wegen des Verdachts der Spionage zum Nachteil der Bundesrepublik Deutschland. Die nordrhein-westfälische Landesregierung gibt derzeit außerdem ein Gutachten in Auftrag, das herausfinden soll, wie groß Ankaras Einfluss auf den Verband ist. Unruhiges politisches Fahrwasser für den religiösen Verband, der sich als Religionsgemeinschaft anerkennen lassen möchte. Zumal der Gemeindenverbund schon wegen eines Diyanet-Comics, in dem der Märtyrertod

verherrlicht sowie einer Zeichnung, in der der Weihnachtsmann verprügelt wird und die von einer Ditib-Jugendgruppe geteilt wurde, in der Kritik steht.

Beim Vortrag auf dem Campus Duisburg waren auch Ditib-Vertreter*innen anwesend. So etwa Erimen Balce (Ditib Duisburg-Rheinhausen), der den Vortrag umfassend kritisierte. Es gebe keine Verbindungen zur UETD, andere Nationalitäten wie Kurd*innen und Syrer*innen seien herzlich willkommen und mit anderen religiösen Gruppen wie Christ*innen speise man regelmäßig. Ditib fordere mehr Miteinander – der Vortrag sei lediglich „Gepose mit Youtube-Informationen“. Balce sagte: „Wir haben keinerlei Verbindungen zur türkischen Politik. Es kann sein, dass einige Mitglieder Unsinn im Netz verbreiten, aber das hat nichts mit Ditib zu tun.“ Es folgte eine Gegenrede der Referent*innen.

Lange blieben die Ditib-Mitglieder und Gegner*innen bei der anschließenden Diskussion nicht in einem Raum. Nach der Kritik einer muslimischen Kurdin wurde die Debatte schnell hitzig. Sie sagte: „Es kann ja sein, dass ihr 24 Stunden in der Moschee verbringt, aber trotzdem bin ich mehr Moslem als ihr!“ Daraufhin schrie eine andere Zuhörer*in durch den Hörsaal: „Keiner gibt ihr das Recht, so über uns zu urteilen!“ Letztere wurde des Saales verwiesen und etwa 20 andere Ditib-Befürworter*innen verließen mit ihr den Hörsaal. Dabei kam es noch zu kleineren Handgreiflichkeiten zwischen der Kritikerin und einem YXK-Mitglied – der Hörsaal war erfüllt von lautstarken Rufen, Schreien und Beschuldigungen.

Bombendrohung gegen den AStA

Andere Gegner*innen hatten im Vorfeld nicht den Dialog gesucht, sondern versucht, die Veranstaltung zu verhindern. Eigentlich sollte der Vortrag im Keller des Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) stattfinden – dann aber ging eine Bombendrohung ein. Die Urheber*innen der Drohung sind unbekannt. Die Polizei suchte noch am Abend den Campus auf. Laut Duisburger Polizei wurde dort jedoch nichts gefunden. Der Staatsschutz habe die Ermittlungen aufgenommen. Er beschäftigt sich mit politisch motivierten Straftaten.

Trotz Drohung entschieden sich die Veranstalter*innen, den Vortrag durchzuführen. Auch AStA-Vorsitzender Marcus Lamprecht (GHG) sprach eine solche Empfehlung aus: „Wir haben die Drohung als nicht ernst zu nehmend eingestuft und deshalb nur den Raumwechsel empfohlen.“

Die Hochschule stellte kurzfristig einen Hörsaal bereit. Jeder wissenschaftliche Diskurs sei schließlich sachorientiert und konstruktiv. Dabei sei es unverzichtbar, die eigene Position kritisch zu hinterfragen und gegensätzliche Standpunkte auszuhalten, so die Pressestelle der Universität auf Anfrage der akduell. Allerdings gab es im Anschluss verschärfte Sicherheitsvor-



Die Merkez-Moschee in Marxloh ist das wohl bekannteste Ditib-Gotteshaus in Duisburg. (Foto: mac)

kehrungen: Vier Mitarbeiter der Firma, die den Campus bewachten, beobachteten die Veranstaltung. Beim Einlass gab es Taschenkontrollen. Die Gruppe YXK untersagte Privatpersonen Foto- und Videoaufnahmen.

Terrorismusvorwürfe gegen YXK

„Im Vorfeld sind 300 bis 400 E-Mails beim Rektorat eingegangen – inklusive Drohungen. Es wird mit dem Finger auf uns gezeigt. Mit der kurdischen Identität wird man bedroht“, so Ezda von YXK weiter. Auch hohe AKP-Politiker wie Mustafa Yeneroğlu, Vorsitzender des türkischen Menschenrechtsausschusses, meldeten sich auf Twitter mit scharfen Vorwürfen: „UNI @unidue gewährt Ableger der #Terrororganisation #PKK Propaganda auf dem Unicampus. Soviel zur Solidarität gegen #Terrorismus ...“. Ezda entgegnet: „Wir sind keine Terroristen. Wir sind ein eingetragener, legaler, ziviler Verein. Die Hauptmission der YXK besteht darin, eine Öffentlichkeit für die politischen Ereignisse in Kurdistan, in der Türkei und der ganzen Welt zu schaffen.“

Nicht nur in Duisburg sollte der Vortrag „Ditib – Marionetten Erdogans?“ verhindert werden. Auch in Berlin, Kassel, Vechta und Koblenz kam es zu Auseinandersetzungen im Vorfeld und während der Veranstaltungen. „In einigen Fällen haben sich Universitäten gezwungen gesehen, die Räumlichkeiten mit der Polizei zu räumen“, sagt Ezda. Kurdische Studierende sehen sich seit Monaten Anfeindungen ausgesetzt: „Wir müssen teilweise um unser Leben bangen und können nicht in unser Heimatland reisen“, so die Studentin. [mac]

*Aufgrund der aktuellen Drohungen möchte die Referentin ihren Namen nicht in dieser Zeitung lesen. Der Name ist der Redaktion bekannt.

Bilden!

Trumps Triumph



Diese Woche übernimmt Donald Trump offiziell das US-amerikanische Präsidialamt – und erhält Zuspruch von der internationalen Rechten. Nicht ohne Grund expandiert das rechte Nachrichtennetzwerk *Breitbart* nach Deutschland und Frankreich, um der AfD und dem Front National Unterstützung zu bieten. Warum erhielt ein frauenverachtender und reaktionärer Rassist die Mehrheit der Stimmen und was sind die gesellschaftlichen Konsequenzen der Wahl? Ingar Sloty von der Rosa-Luxemburg-Stiftung lädt zum Vortrag und zur Diskussion ein.

↗ **Mittwoch, 18. Januar, 19.30 bis 22 Uhr, zakk, Fichtenstraße 40, Düsseldorf, Eintritt frei**

Noch mehr bilden!

Hitlers Traumfabriken – Kino im NS

Das Kino im Nationalsozialismus war eine wichtige Plattform für die rassistische und antisemitische Propaganda. Was die Filme über das Deutsche Reich und die Menschen verriet, erfahrt ihr in einer Filmvorführung mit anschließender Diskussion, die ein Begleitprogramm zur Ausstellung „Artige Kunst. Kunst und Politik im Nationalsozialismus“ darstellt. Um eine Anmeldung unter info@situation-kunst.de wird gebeten.

↗ **Donnerstag, 19. Januar, 18 bis 20 Uhr, Situation Kunst - Museum unter Tage, Eintritt 3 Euro (1 Euro ermäßigt)**

Ballern!

AZ Jam

Im Autonomen Zentrum trifft ihr auf gleichgesinnte Party People, die bei gemeinsamem Jammen, Malen, Skaten und gediegen-chilligem Hängen bei fetten Grooves unter anderem von den 420AllStars ein hedonistisches Dasein fristen. Schlagzeug und Verstärker warten nur auf euer musikalisches Talent, Instrumente müsst ihr selber mitbringen. Für die sportlichen Bewegungsenthusiast*innen steht bis in späte Abendstunden die Skatehalle für sämtliche Schindluder bereit.

↗ **Freitag, 20. Januar, 19-4.20 Uhr, AZ Mülheim, Auerstraße 51 Mülheim, Eintritt frei**

Abitur mit Antisemitismus

Der moderne Antisemitismus drückt sich vor allem durch Codierungen aus. Was im Dunkkreis von verschwörungstheoretischen Medien wie *Compact* und *KenFM* zur Konzeption des Weltbildes gehört, fand mit einer Karikatur im Schulbuchverlag *Klett* auch eine breitere Plattform. Damit ermöglicht der Verlag nicht nur die Verbreitung eines antisemitischen Stereotyp bei Jugendlichen, sondern offenbart mangelhafte Medienkompetenz.

Der Euro als Gemeinschaftswährung der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion drohe, den Wirtschaftsraum aufzufressen – so die Aussage der polemischen Karikatur im Schulbuch *Anstöße 2*, das für den Sozialwissenschaftsunterricht in vielen deutschen Gymnasien und Gesamtschulen den Grundstein des Unterrichtsgeschehens in der Oberstufe bildet. Im Rahmen eines kontrovers angelegten Unterrichts – wie ihn der Beutelsbacher Konsens von Fachlehrer*innen explizit fordert – kann zwar eine Debatte geführt werden, ob der Euro eine Gefahr für die Währungsunion darstellt. Nichtsdestotrotz ist der in der Karikatur integrierte Subtext aber mehr als problematisch.

Im Schweif der Euro-Münze (dargestellt in Form einer Pac-Man-Figur) ist ein Schriftzug zu lesen: „ROTHSCHILD-Bank“. Es wird impliziert, dass der Euro im Auftrag der genannten Bank die Euro-Zone zu zerstören drohe. Dass ausgerechnet die jüdische Bankiersfamilie Rothschild als Quelle des Übels ausgemacht wird, ist kein Zufall. „Der Familie Rothschild wird im Antisemitismus eine enorme Machtposition zugesprochen, sie fungiert als personifizierte Böses“, erklärt Sozialwissenschaftler und Journalist Kevin Culina, der gemeinsam mit Jonas Fedders das Buch *Im Feindbild vereint* geschrieben hat. „Sie vereint dabei das antisemitische Bild des raffgierigen, hinterlistigen Bankers in Kombination mit einer expliziten Benennung ihrer jüdischen Religion.“

Die von der vermeintlichen Wahrheit überzeugten Anhänger*innen der Verschwörungstheorie behaupten, die Welt würde von einer ominösen Elite gesteuert und Politiker*innen würden lediglich als Ablenkungsmanöver für die Bevölkerung fungieren. „Ein übliches Bild in diesem Kontext ist die Darstellung von Politiker_innen als ‚Marionetten‘, gesteuert von mächtigen ‚Strippenziehern‘ im Hintergrund“, versinnbildlicht Culina das Gedankenkonstrukt. Wissen über kapitalistische oder politische Funktionen fänden aus Unverständnis oder Ignoranz keinen Platz im Weltbild. Sämtliche Entscheidungen der politischen und wirtschaftlichen Sphäre und darüber hinaus entsprängen dem Willen einer im Verborgenen agierenden Elite. „Dieses strukturelle, für den Antisemitismus konstituierende Schema wird zudem mit einer jüdischen Familie, die unter anderem im Bankwesen tätig ist, als Verkörper-

ung dieser ungreifbaren Elite ergänzt“, erläutert Culina den antisemitischen Charakter der Verschwörungstheorie. Auch die im Investmentwesen und Unternehmertum tätigen Familien Soros, Rockefeller und Chodorkowski dienen im Diskurs als antisemitische Codierung.

Bezugnahme von links und rechts

Vor allem während des Nationalsozialismus wurde im Rahmen einer behaupteten jüdischen Weltverschwörung massiv gegen die Rothschilds agitiert, zum Beispiel wurde 1940 der Propaganda-Film *Die Rothschilds* in den Lichtspielhäusern des Deutschen Reichs aufgeführt. Erklärtes Ziel des Propaganda-Ministers Joseph Goebbels war es, „das Judentum, wie es ist“ zu präsentieren und die Bevölkerung auf noch härtere Maßnahmen gegen Jüd*innen vorzubereiten. Noch heute findet sich in der extremen Rechten diese Form des Antisemitismus, die aber implizierter artikuliert wird. „Hinzugekommen sind, aufgrund der öffentlichen Tabuisierung des offenen Antisemitismus nach 1945, verschiedene Formen von Codes, wie ‚US-amerikanische Ostküste‘ oder ‚Finanzoligarchie‘ benennt der Sozialwissenschaftler einige Beispiele von heutigen Antisemitismen, die auch zum gedanklichen Repertoire von Pegida oder dem völkischen Flügel der AfD gehören.

„Verschwörungsideologien sind jedoch kein Patent der extremen Rechten“, so Culina. „Angesprochen wird unter Verwendung von Versatzstücken linker Theorie, wie dem Antiimperialismus sowie Antizionismus und Antiamerikanismus auch ein sich als links verstehendes Publikum und Teile der Linkspartei,“ führt er fort und verweist auf die Querfront-Bewegung. Die Reichweite ist nicht zu unterschätzen. Während der ehemalige Radiomoderator Ken Jebsen auf seinem Youtube-Kanal fast 160.000 Abonnent*innen zählt, verkauft das Querfront-Magazin *Compact* um Chefredakteur Jürgen Elsässer rund 40.000 Exemplare monatlich.

Während Jebsen in einem durch den Journalisten Hendryk M. Broder veröffentlichten Brief in geschichtsrevisionistischer Manier behauptete, er wisse, wer den Holocaust erfunden habe, definierte Elsässer die zu bekämpfenden Feinde als „Finanzoligarchie“ – namentlich „die Herren Rockefeller, Rothschild, Soros, Chodorkowski“, die hinter der US-amerikanischen Notenbank Federal



Früh übt sich Antisemitismus. In einer Karikatur eines Schulbuches des Klett Verlages wird Rückgriff auf eine antisemitische Verschwörungstheorie genommen. (Foto: fro)

Reserve (FED) stecken würden. „Betrachtet man das Phänomen der Querfront, das in den letzten Jahren wieder an Popularität gewinnt, so fällt auf, dass gerade solche im Kern antisemitischen Verschwörungstheorien einende Elemente sind,“ resümiert Culina. Da bleibt es nicht verwunderlich, dass beide Protagonist*innen der neurechten Mahnwachen für den Frieden sind beziehungsweise waren. Schließlich ist man sich dort auch mehrheitlich einig, dass Amerika von der FED gesteuert würde. Wie auch Mahnwachen-Initiator Lars Mährholz zu wissen glaubt, sitzen an deren Spitze die Rothschilds (aktuell berichtete).

Aggressive antisemitische Quelle

Mit der Wahl solch einer Karikatur in einem Schulbuch läuft der Verlag Gefahr, antisemitische Verschwörungstheorien im Bewusstsein der Schüler*innen zu manifestieren. Eine Stellungnahme blieb trotz Anfrage seitens der aktuell bis Redaktionsschluss (16. Januar) aus. „Eine kritische Überarbeitung des Buchs auf solche Karikaturen und eine kritische Prüfung der Quelle, in diesem Fall eine aggressiv antisemitische Website, sollte unverzüglich beginnen,“ postuliert Culina. Folgt man der im Literaturverzeichnis des Schulbuchs angegebenen Quelle, stößt man auf ein Sammelsurium von Karikaturen, auf denen beispielsweise der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu mit Davidstern auf der Stirn als Strippenzieher der Terrormiliz Islamischer Staat dargestellt wird. „Schulen sollten Medienkompetenz und einen kritischen Umgang mit Quellen vermitteln. Daran scheint hier einer der größten deutschen Schulbuchverlage selbst gescheitert zu sein“, urteilt Culina. [fro]

Das Feld von unten aufräumen



Ehrenamtliche und Schüler*innen bei Beratungsgesprächen an einer Schule. (Foto: Doreen Löffler)

Möglichkeiten, sich außerhalb des Studiums an der Universität Duisburg-Essen zu engagieren, gibt es viele – sei es politisch, sozial oder kulturell. In Teil zwei unserer Januar-Reihe „Initiativen auf dem Campus“ stellen wir ArbeiterKind.de vor. Der Verein hat sich zum Ziel gesetzt, Schüler*innen aus nicht-akademischen Haushalten auf dem Weg ins Studium zu beraten und begleiten.

Laut Sozialerhebungen, unter anderem des Statistischen Bundesamtes, nehmen in Deutschland von etwa 100 Akademiker*innen-Kindern 83 ein Hochschulstudium auf. Von 100 Kindern aus nicht-akademischen Familien studieren nur 23. Die finanzielle Belastung sei einer der Gründe, die diese Abiturient*innen von einem Studium abhielten. Die eigentliche Bildungsbenachteiligung besteht nach Ansicht der Engagierten in der Initiative ArbeiterKind.de aber vor allem in einem großen Informationsdefizit über das universitäre System und in kulturellen Vorbehalten im Familienumfeld. Dort wird angesetzt, auch mit den Erfahrungen Studierender aus Familien, in denen noch niemand einen Studienabschluss gemacht hat.

Jeden ersten Dienstag im Monat treffen sich die Mentor*innen von ArbeiterKind.de und Interessierte zum Stammtisch. Anfang Dezember fand dieser auf dem Essener Weihnachtsmarkt statt. Gemütlich tauschte man sich bei Glühwein und Maronen über erste Erfahrungen an der Universität oder über Ängste aus, den Schritt an die Hochschule zu wagen. Das ist auch der Punkt, den Schüler*innen aus Arbeiter*innenfamilien fehlen: Erfahrungen. Sie sind meist die ersten aus der Familie, die an einer Hochschule studieren möchten. Die Initiative will Abhilfe schaffen, in dem Mentor*innen an Schulen beraten. Sie halten Vorträge und stellen sich

für persönliche Gespräche zur Verfügung. Für eingeschriebene Studierende klingen die Fragen, die dort gestellt werden, vergleichsweise banal. „Was ist ein Semester?“ oder „Wie beantrage ich BAföG?“.

Nicht nur den interessierten Schüler*innen werden diese Beratungen angeboten. Oftmals haben auch Eltern Vorurteile gegenüber dem Studium. Sie wännen ihre Kinder in einer Ausbildung besser aufgehoben, weil sie glauben, das Kind würde sich mit dem Studium hoch verschulden. Daher werden auch die Eltern mit in die Beratung einbezogen. Denn die Ängste vor bürokratischen Hürden sind hoch, wie beispielsweise das Beantragen von BAföG oder die Bewerbung um ein Stipendium.

Beratung auf Augenhöhe

Beim Stammtisch auf dem Essener Weihnachtsmarkt wird eines schnell deutlich: Die Mentor*innen begegnen den Interessierten auf Augenhöhe. Denn die meisten sind selbst noch Studierende und die ersten aus ihrer Familie, die ein Studium aufgenommen haben. Sie kennen also die Sorgen und Ängste der Schüler*innen.

Auch ich bin aus einer Nichtakademikerfamilie und habe das Studium damals aufgenommen. Und schon kann ich selbst beraten, ich nenne die Schülerin Svenja. Sie ist 18 Jahre und hat auf Bitten ihrer Eltern eine Lehre als Rechtsanwaltsgehilfin aufgenommen. Sie ist sehr glücklich in ihrer Kanzlei, aber sie wolle nach der Ausbildung lieber ein Studium beginnen. Ein Fach interessiere sie besonders: Germanistik. Da ich das studiere, konnte ich viele ihrer Fragen beantworten: Wie das Studium aufgebaut ist, welche Dozent*innen zu empfehlen sind? Wissensweitergabe kann so einfach sein.

Ein langjähriger Mentor bei ArbeiterKind.de ist Simon Weimann. Er hat an der UDE

Chemie studiert, engagiert sich aber weiterhin in der Ortsgruppe Duisburg-Essen. „Besonders die Arbeit mit jungen Menschen gefällt mir. Deswegen finde ich Schulveranstaltungen am interessantesten. Durch den direkten Kontakt mit Schülern kann man auf die Fragen eingehen und sieht gleich, dass man sie fürs Studium interessieren und ihre Fragen und Missverständnisse aus dem Weg räumen kann“, erklärt Simon. Auch dass die Berater*innen aus unterschiedlichen Fachbereichen kommen, mache die Arbeit interessant, da man auch mal über den „Tellerrand“ hinausblicken könne. Dass das Engagement auch für die Mentoren*innen Vorteile mit sich bringt, zeigt sich an Simon. Durch die Arbeit an den Schulen ist er seine Angst losgeworden, Vorträge zu halten und in diesem Bereich selbstsicherer geworden.

Mentoren*innen gesucht

ArbeiterKind.de lebt vom Engagement der Beratenden. Die Initiative nahm 2008 in Gießen ihren Anfang. Katja Urbatsch, eine der Initiator*innen, ist selbst die Erste in ihrer Familie, die ein Studium abschloss und entwickelte aus ihrer eigenen Erfahrung heraus die Idee zum Internetportal ArbeiterKind.de. Zusammen mit ihrem Lebensgefährten sowie ihrem Bruder und zwei Kolleginnen von der Justus-Liebig-Universität Gießen setzte sie diese Idee 2008 im Rahmen des Wettbewerbs startsocial in die Tat um. Der Start des Internetportals erfolgte am 5. Mai 2008 und prompt meldeten sich zahlreiche Studierende und Akademiker*innen der ersten Generation und boten sich als ehrenamtliche Unterstützer*innen an. In 75 lokalen Ortsgruppen sind mittlerweile über 6.000 Berater*innen aktiv, die in Schulen, auf Messen und in persönlichen Gesprächen ihre Studienerfahrungen weitergeben und damit Mut machen. [mehu]

Das Drama um den gleichen Lohn

Seit 1958 gilt das Gleichberechtigungsgesetz zwischen Mann* und Frau*. Beruflich gleichgestellt sind sie jedoch noch lange nicht – denn immer noch verdienen Männer* im Durchschnitt mehr als Frauen*. Das Gesetz zur Lohngerechtigkeit soll nun endlich Abhilfe schaffen. Bis die Entscheidung zur neuen Gesetzgebung fiel, war es ein stetiges Hin und Her. Ein politisches Theaterstück.



Es ist Dezember im Jahr 2015. Auftritt der Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD). Energisch möchte sie beim Kampf „für mehr Lohngerechtigkeit zwischen Männern* und Frauen**“ wirken. Der Anlass: Laut aktuellen Statistiken verdienen Frauen* zu diesem Zeitpunkt im Durchschnitt knapp 21 Prozent weniger als Männer*. Zum Bühnenbild gehört, dass Frauen* sowohl häufiger in Teilzeit und in generell schlechter bezahlten Berufen arbeiten sowie weniger in Führungspositionen anzutreffen sind. Bei Abzug dessen bleiben sieben Prozent mystische Lücke übrig, um die sich das folgende Stück dreht: den Gender Pay Gap. Die Parteien tanzen auf verschiedenen Seiten eines Interessenkonfliktes. Hauptakteure: SPD und CDU. Bis alle Seiten sich mit dem Gesetzesentwurf schmücken können, sind sich weder Regie noch Schauspieler*innen einig.

Es wird laut, die Fronten positionieren sich am Bühnenrand um die magischen sieben Prozent. Schwesig erscheint, um vorzuschlagen, dass alle Unternehmen ihren Angestellten darüber Auskunft geben müssen, wie der Verdienst ihrer Kolleg*innen aussieht. Außerdem sollten Unternehmen ab 500 Mitarbeitenden verpflichtet werden, regelmäßig über den Stand der Gleichstellung und Lohngleichheit zu berichten. „Nein!“, die CDU flucht und holt ein altes Manuskript aus der Westentasche: der Koalitionsvertrag. Er besagt, dass solche Neuerungen grundsätzlich nur bei Unternehmen ab 500 Mitarbeitenden eingeführt werden sollten. Merkel wagt sich vor, fordert Änderungen. Der Vorhang fällt erstmal, die Zuschauenden werden in eine Pause geschickt.

Die Szenerie wechselt, mittlerweile schreiben wir Juli 2016, etwas über ein Jahr bis zur Bundestagswahl verbleiben. Der Vorhang öffnet sich wieder: Altmeier und Schwesig betreten gemeinsam den Raum, vorsichtig, in langen Roben, gespannte Blicke. Dann verkünden sie, dass schon für Unternehmen ab 200 Mitarbeitenden die Gehälter-Auskunftspflicht gelten soll. Der Kompromiss sieht vor, dass lediglich kleine Unternehmen mit Tarifverträgen von den Verschärfungen

ausgenommen sein sollen. Damit will man auch die Arbeitgeberverbände milde stimmen, die dem Gesetz skeptisch gegenüberstehen. Wenig überraschend sehen sich konservative Abgeordnete an der Seite der Arbeitgeberverbände. Denn die Union hat mit 25 Prozent den geringsten Frauenanteil im Bundestag.

Dennoch brodelte es in der Koalition, dramatisches Haareraufen. Schließlich wird im Oktober ein Spitzentreffen einberufen. Letztendlich wird der ausgehandelte Kompromiss bestätigt. Das politische Spiel, von dessen Ausgang rund 14 Millionen Menschen betroffen sein werden, wird auf Seiten der nicht mehr so roten SPD als maßgebliche Veränderung der Unternehmenskultur beschrieben. Schulterklopfen, der Plan steht. Der Jubel war verfrüht, trotz der Einigung schafft es das Bundeskabinett nicht, die Abstimmung zum Gesetz noch vor Jahresende 2016 zu vollziehen.

Mittlerweile ist 2017, das Stück neigt sich einem vermeintlich versöhnlichen Ende zu. Männerdominierte Unternehmen und Fraktionen müssen kapitulieren: Das Gesetz wird vom Kabinett beschlossen. Eine neue Hürde für die Verfechterin Schwesig steht an: Bundestagsabstimmung. Wieder springt Schwesig in die Öffentlichkeit, diesmal vermittelt durch die Rheinische Post. Das neue Gesetz für mehr Lohngerechtigkeit gebe Frauen* konkrete Mittel zur Durchsetzung ihrer Ansprüche an die Hand. Doch bereits zuvor hatte die ZDF-Redakteurin Birte Meier das ZDF verklagt. Per Zufall fand sie heraus, dass ein männlicher Kollege* deutlich mehr verdiente als sie.

Trotz einer grandiosen schauspielerischen Leistung auf der politischen Bühne, darf bezweifelt werden, dass allzu viele Frauen nun vorpreschen werden, auch wenn es wünschenswert wäre. Die Lohngleichheit ist damit jedenfalls nicht garantiert und irgendwo in dieser hiesigen Gesetzeslage wird es wahrscheinlich auch weiterhin eine kleine Lücke geben, die Frauen* den selben Lohn für dieselbe Arbeit verwehren wird. Nichtsdestotrotz: Es gibt eine bessere Grundlage auf der sich Frauen* wehren können. Wir warten gespannt auf die kommende Klagewelle. **[rat/lys/rod]**

Impressum

Studentische Zeitung für Duisburg, Essen und das Ruhrgebiet

Herausgeber: AStA der Uni Duisburg-Essen, der Vorstand: Markus Lamprecht, Saskia Strasdat, u.a.

Projektkoordination: Nils Kriegeskorte

Anschrift: aktuell, c/o AStA der Uni Duisburg-Essen, Universitätsstraße 2, 45141 Essen

Comic: Jennifer van de Sandt

Gestaltung: Alexander Bönninger

Redaktion dieser Ausgabe: Maren Wenzel (mac), Philipp Frohn (fro), Robin Dullinge (rod), Sarah Dannehl (caro), Lea Sleiman (lys), Mirjam Ratmann (rat), Meiko Huismann (mehu)

V.i.S.d.P.: Maren Wenzel (mac)

Auflage/Druck: 5.000 / Megadruck, Westerstede

E-Mail: redaktion@akduell.de

Web: www.akduell.de

HIRNAKROBATIK

	9		4	5	8	
3			8			
	8	9		7	5	2
6			1			8
	1				3	
4			9			5
	6	4	2	3	7	
				9		3
		3	6	5		8

WOHNHEIMGESCHICHTEN

